

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 82 - September 2007

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

SEILSCHAFTEN

Merkwürdige Dinge geschehen im Rechtsstaat Österreich.

Daß im Jahr 1997 das Landesgericht Wien gegen den „Rechtsextremismus-Experten“ Wolfgang Purtscheller, der als „Extremismus-Referent“ im Auftrag des Unterrichtsministeriums (!) durch Österreichs Schulen tingelte, ermittelt hat, weil er „verdächtig ist, beim versuchten Anschlag auf einen Strommasten in Ebergassing am 11.4.1995 mitgewirkt zu haben“, berichtete der „Kurier“ vom 2.8.1997, und weiter: **„Die gerichtlichen Vorerhebungen gegen Purtscheller liegen vorerst auf Eis, bis es gelingt ihn zu verhaften.“**

Da wurde es ruhig um den „Rechtsextremismus-Experten“.

Bis im Herbst 2006 ein „Anschlagsversuch auf die Muslimische Jugend Österreichs (MJÖ)“ stattfand, der sich zwar sehr schnell als „Fehde unter Moslems“ herausgestellt hat, aber den Experten Purtscheller wieder aktivierte. Bei einer Pressekonferenz der Sozialistischen Linkspartei (SLP) schwadronierte er: „Wie schon in den 90er Jahren wird auch jetzt wieder aus dem rechten Lager versucht, die Täterschaft für die Anschläge (damals Briefbomben – heute der Anschlagversuch auf die Muslimische Jugend Österreich) in verleumderischer Art AntifaschistInnen in die Schuhe zu schieben.“

Wir haben daraufhin an die Staatsanwaltschaft Wels eine Sachverhaltsdarstellung „Betr.: Wolfgang Purtscheller (DÖW, SLP, LVT-OÖ, ANTIFA-Wels)“ geschickt.

Ohne Angabe von Gründen und mit dem Vermerk „Wolfgang Purtscheller unbekannte Anschrift“ erhielten wir bereits nach 3 Wochen die „Benachrichtigung von der Zurücklegung der Strafanzeige“ und zwar von der Staatsanwaltschaft Wien, Staatsanwalt Dr. Karl Schober.

Derselbe Staatsanwalt Schober hat 3 Jahre zuvor unsere Anzeige gegen das DÖW wegen „Verdacht, Verleumdung, Verhetzung, NS-Wiederbetätigung“ auch nach kurzer Zeit – ebenfalls ohne Angabe von Gründen und ebenfalls mit dem Vermerk „unbekannte Anschrift“ - zurückgelegt.

Der Beschwichtigungshofrat beschwichtigt, und der „Rechtsextremismus-Experte“ Purtscheller agiert weiter - natürlich in Freiheit.

DIKTATUR PUR

Jahrelang schon wird hinter verschlossenen Türen auf höchster Ebene über eine „Reform“ der österreichischen Bundesverfassung verhandelt (diese enthält nämlich nach wie vor das „Bundesverfassungsgesetz“ vom 26.10.1955 über die immerwährende Neutralität Österreichs) - mit kurzer Unterbrechung. Als seinerzeit feststand, daß die EU-Verfassung aufgrund der Abstimmungsergebnisse in Frankreich und den Niederlanden nicht wie geplant schon 2005 in Kraft treten konnte, wurde auch das österreichische „Reformpaket“ auf Eis gelegt.

Nun, nach dem erfolgreichen Berliner EU-Verfassungsgipfel, rollt auch die „Reform“ der österreichischen Verfassung wieder an.

Der Name des österreichischen Außenministeriums wurde schon auf „Ministerium für internationale Beziehungen“ geändert.

Ferner sollen, laut offiziellem Regierungsprogramm der amtierenden SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung, Auslandseinsätze österreichischer Soldaten, statt wie bisher nur auf freiwilliger Basis, in Hinkunft verpflichtend sein!

Die Ermächtigungen der Union im Bereich der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ genügen, um im Interesse der Wirksamkeit der Missionen oder auch der Verteidigung die Todesstrafe einzuführen.

Würde die EU-Verfassung, die sich jetzt verschämt „EU-Grundlagenvertrag“ nennt, in Kraft treten, hätte die Exekutive in allen EU-Staaten die gleichen Rechte wie die sowjetische Soldateska im früheren Ostblock!

MEINUNGSMACHE

Man nehme: Eine Fotomontage, eine „braune Spur“, „rechte Recken“ und den Denunziantenstadl DÖW, und fertig ist die Schmierage, mit der man heutzutage ohne große Anstrengung gut Geld verdienen kann.

Der Lokalredakteur der KTZ, der ortsbekannte Linksextremist Horst Kagl, macht damit - gerade rechtzeitig - „Kärntner Herbststimmung“. Wäre es ihm darum gegangen, zu berichten, daß drei junge Männer wegen ihrer Gesinnung und Meinungsäußerung von der österreichischen politischen Polizei mit der Anschuldigung, sie wollten die Hitler-Jugend wiedergründen, an ihrem Arbeitsplatz verhaftet und eingekerkert worden sind, so hätte er darüber im März dieses Jahres berichten können, denn seit 20. März sitzen diese drei Männer in Haft. Meldungen darüber wurden damals an alle Medien geschickt.

Erst jetzt, wo auf dem Ulrichsberg wieder einmal die Heimkehrergedächtnisstätte und auf dem Klagenfurter Domplatz das Verschlepten-Denkmal besudelt worden sind, passen ihm die „rechten Recken“ gut ins Denkschema.

Am meisten stört den Herrn Lokalredakteur aber die humanitäre Hilfe in Form von Spendensammlung für die Eingekerkerten.

Ob er weiß, in welcher Gesellschaft er sich mit dieser Geisteshaltung befindet? Sowohl im Schuschnigg-Regime als auch in der NS-Zeit wurden humanitäre Hilfen für die im Lager Wöllersdorf oder in den deutschen Konzentrationslagern eingesperrten Häftlinge verfolgt.

ZITAT

Manfred Deix: „Die Linken sollen sich brausen gehen.“

ZITAT

Österreichs Tischtennis-Star, die Chinesin Liu Jia, zur Pressefreiheit: „Die gibt es in China nicht – aber auch in Österreich nicht immer. Und wenn ich an die Politik in Amerika denke, dort schon gar nicht!“

Schein-Demokratie

EU MACHT ÖSTERREICH IMMER MEHR ZU EINER SCHEINDEMOKRATIE

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So lautet Artikel 1 unseres Bundesverfassungsgesetzes. Wie verträgt sich aber die EU-Mitgliedschaft Österreichs mit dieser Verfassungsbestimmung, wenn nunmehr ca. 80 % „unserer“ Gesetze in Brüssel gemacht werden, und dies nicht einmal vom „Europäischen Parlament“, sondern von den diversen Europäischen Räten, die demokratisch gar nicht legitimiert, weil gar nicht von der EU-Bevölkerung gewählt sind!

Als Mitglied der Europäischen Union ist Österreich verpflichtet, EU-Recht zu befolgen. Im „Stufenbau der Rechtsordnung“ genießt das EU-Gemeinschaftsrecht Vorrang vor dem staatlichen Recht, sofern sich österreichisches Recht und EU-Gemeinschaftsrecht widersprechen sollten. Dies gilt sogar in Bezug auf das Verfassungsrecht!

Von den restlichen 20 % unserer Gesetze, die noch in Österreich – also nicht als Vorgabe von Brüssel – gemacht werden, sind 98 % (oder mehr) Vorlagen der Bundesregierung, also der Exekutive, die im Parlament von einer Mehrheit der Nationalratsabgeordneten und zwar nach den Vorgaben (!) ihres jeweiligen Klubobmannes „abgenickt“ werden.“

Univ.-Prof.Dr.G.Seicht, Wirtschaftsuniversität Wien

MERKWÜRDIG

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien berichtet in „Die Gemeinde“ Nr. 598 vom Mai 2007 „In eigener Sache“, vom Bau der „Hakoah – Sport – und Freizeitanlage Zwi Perez Chajes-Schulzentrum“. Der Generalunternehmer für dieses Bauvorhaben ist die „universale BAU“.

Die Firma, die seinerzeit mit KZ-Häftlingen den Loibltunnel gebaut hat, hieß auch „Universale“.

MULTIKULTI

Josef Weinheber schrieb über Alt-Ottakring – „Was noch lebt, ist Traum. Ach, wie war es schön . . .“

Heute tanzen in der Ottakringer Straße - dank unseren Politikern - die neuen Einwohner zu Balkan-Klängen. Sie feiern in der „Balkan-Straße“, wie sie jetzt heißt, „trendige Balkan-Nights“ und schimpfen die letzten Einheimischen „Schwabos“.

16 % der Österreicher, das sind 1,352.614 Menschen, haben einen „ausländischen Background“ (Zitat KURIER). Von diesen mehr als 1,3 Millionen (davon 788.757 aus Ex-Jugoslawien, Deutschland und Türkei und 563.857 aus allen Staaten der Welt) sind 526.000 bereits eingebürgert. Viele Angehörige der sogenannten Zweiten Generation sind in diesen Zahlen gar nicht erfaßt, da schon ihre Eltern eingebürgert worden sind. In Wien haben 45 Prozent aller Volksschüler nicht Deutsch als Muttersprache.

ZITAT

Richard Chaim Schneider, ARD-Korrespondent in Tel Aviv: „Wenn es ihn nicht gegeben hätte, müßte man ihn glatt erfinden: den Holocaust. Die Gegenwart ist undenkbar ohne ihn, die Medien, die Öffentlichkeit profitieren von ihm. Der Holocaust füllt die Seiten der Zeitungen und Journale, er füllt endlose Sendeminuten in Hörfunk und Fernsehen und Kino, er bietet stundenlangen Gesprächsrunden erhitzen Diskussionsstoff, er erfüllt bedürftige Seelen mit gehobener Stimmung, er füllt, nicht zuletzt, die Kassen von Produzenten, Regisseuren, Schauspielern, Journalisten, Autoren und vieler anderer. Der Holocaust ist eine Notwendigkeit geworden.“

IN ABHÄNGIGKEIT

Allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz, wonach unsere Wasserversorgung nie und nimmer Tummelplatz privatwirtschaftlicher Interessen werden dürfe, ist es jetzt also doch soweit: die Privatisierung der Wasserversorgung wird nun auch in Österreich eingeleitet. Und zwar von Klagenfurt aus. Begonnen wurde damit unter Bürgermeister Harald Scheucher (ÖVP) im Jahr 2000, als die Klagenfurter Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurden. Die drei bisherigen Schritte der Wasserprivatisierung:

1. Entzug der demokratischen Kontrolle. (durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft).
2. Teilprivatisierung stadteigener Unternehmen. (Im Jahr 2005 wurde die „Aquassist Wasserversorgungs-GmbH“ gegründet. Zunächst noch 100 %-Tochter der Stadtwerke Klagenfurt AG, wurde sie im Oktober 2006 zu 51 % an zwei Tochterfirmen des französischen Veolia-Konzerns verkauft.)
3. „Ausschreibung“ des Netzbetriebes. (Arbeiten, die bisher von den öffentlichen Wasserwerken direkt und zur vollsten Zufriedenheit erledigt wurden, sollen nach den Plänen der Stadtoberhäupter durch die private Aquassist erledigt werden.)

Scheibchenweise soll also die öffentliche in eine private Wasserversorgung umgewandelt werden. Und dies nicht nur in Klagenfurt, sondern – nach dem erklärten Willen der Betreiber - in Kärnten und den benachbarten Regionen.

Das öffentliche österreichische Wasserversorgungswesen genießt international einen hervorragenden Ruf: Flächendeckend werden alle Österreicher mit qualitativ hochwertigem Wasser versorgt. Gerade in Zeiten größerer Niederschlagsextreme könnte das öffentliche, auf Ausgleich bedachte Wasserwesen seine Qualitäten ausspielen.

Daß es nicht um fehlendes technisches „Know-How“ geht, sagen die Privatisierer ganz offen, jedoch sei das öffentliche Unternehmen nicht „in Richtung einer aggressiven Marktbearbeitung ausgerichtet“ (so das „Insidermagazin“ aquapress international 3/2006), und „man wolle rasch am Markt präsent sein“ – damit ist die Katze aber vollends aus dem Sack: Aus dem bislang öffentlichen Wasserversorgungs- und Abwasserwesen, errichtet mit Steuergeld, soll ein Markt werden. Damit ist die Abhängigkeit perfekt.

Nur am Rande vermerkt: Verscherbeln können auch Politiker nur das, was ihnen persönlich gehört, sonst gar nichts.

Bittere Enttäuschung

für Sol Factor aus dem US-Staat Ohio: Der 61-jährige Sohn einer rumänischen Holocaust-Überlebenden wurde in den Nachkriegswirren als Säugling von seiner Mutter getrennt und 1950 von Amerikanern adoptiert. Kürzlich machte er seine 83-jährige Mutter endlich in Israel ausfindig – sie aber lehnt ein Treffen ab.

ZITAT

Friedrich Schleiermacher (1768-1834): „Kinder sind nicht nur freundliche Lichtstrahlen des Himmels und Gottesgrüße, die unser Haus verklären; sie sind auch ernste Fragen aus der Ewigkeit und schwere Aufgaben für die Zukunft.“

SPÄTE EINSICHT

Kleine Zeitung, 9.8.2007:

„DER EURO WAR DOCH DER TEURO“

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Für Spenden aus EU-Ländern: BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Bauer, 9020 Klagenfurt

Grabschrift auf Metternich

*Hier liegt, für seinen Ruhm zu spät,
der Don Quijote der Legitimität,
der Falsch und Wahr nach seinem Sinne bog,
zuerst die andern, dann sich selbst belog:
Vom Schelm zum Toren ward bei grauem Haupte,
weil er zuletzt die eignen Lügen glaubte.*

Wußten Sie,

daß Schauspielerin Sharon Stone ein IQ von 154 bescheinigt wird, Ex-Schachweltmeister Kasparov bringt es auf satte 190, und Johann Wolfgang von Goethe es (nach nachträglichen Berechnungen) gar auf 210 gebracht haben soll? Der IQ von Bill Gates soll bei rund 160 liegen, der von George W. Bush dagegen ist geheim . . .

UNGLEICHBEHANDLUNG

Richard Wadani wurde am 1. Juni 2007 als erstem Wehrmachtsdeserteur das „Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs“ verliehen.

Ein 19jähriger Klagenfurter Grundwehrdiener hat „den Drill, die Disziplin, die Offiziere und Kameraden, die ihn schikaniert haben“ nicht ausgehalten und ist desertiert. Aber anstatt als Deserteur mit einem Orden geehrt zu werden, wurde er zu fünf Monaten bedingter Haft verurteilt.

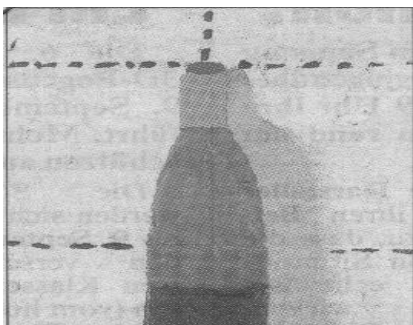
ABSCHAFFUNG DER NEUTRALITÄT

Die ÖVP-Perspektivengruppe „Europa“ unter dem Vorsitz des steirischen ÖVP-Klubobmanns Christopher Drexler plädiert für die Abschaffung der Neutralität und des Nationalfeiertags am 26. Oktober.

„ANSCHLUSSFÄHIG“

Gegenüber der breiten Öffentlichkeit werden Molterer & Co. nicht müde zu betonen, daß Österreich unbedingt Eurofighter braucht, um seine Neutralität zu sichern. Für einen erlesenen Kreis gibt das Büro für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium die Publikationsreihe „Strategische Analysen“ heraus. Darin nimmt sich die Ministerialbürokratie kein Blatt vor den Mund, worum es bei den Eurofightern und anderen Aufrüstungsprojekten tatsächlich geht: **Militärische „Anschlußfähigkeit“ und „Luftkampfverband mit Deutschland und Italien“.**

WIE LANGE WOLLT IHR EUCH NOCH FROZZELN LASSEN?



„Flaschen“ haben es dem Slowenen und Dachau-Überlebenden Bogdan Borcic angetan.

Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden. Der Held
bleibt den Kämpfern fern. Der Schwache
ist in die Feuerzonen gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der armselige Stern
der Hoffnung über dem Herzen.

Er wird verliehen,
wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt,
wenn der Feind unsichtbar geworden ist
und der Schatten ewiger Rüstung
den Himmel bedeckt.

Er wird verliehen
für die Flucht von den Fahnen
für die Tapferkeit vor dem Freund,
für den Verrat unwürdiger Geheimnisse
und die Nichtachtung
jeglichen Befehls.

Ingeborg Bachmann

HOHN UND SPOTT

Ine ane u und schwarz bist du - schwarz bist du noch lange nicht, mußst nur sagen: „Ich bin Tourist!“

In Österreich gehen Zuwanderungsextremisten nun dazu über, die einheimische Bevölkerung auch noch zu verhöhnern. Eine Plakat-Aktion unter dem Namen „crossing cultures“ (gekreuzte Kulturen) läßt drei Schwarzafrikaner einen verballhornten Kinderspruch aufsagen, der den Unterschied zwischen Touristen und Scheinasylanten verwischen soll.

Hinter „crossing cultures“ steckt unter anderem das Land Steiermark, der ORF, die „Kleine Zeitung“ und die Katholische Hochschulgemeinde.

Letztere begeistert sich: „Nationalitätenvielfalt birgt ein spannendes und herausforderndes Zukunftspotential für das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft.“

Andererseits jubelt die Wissenschaft über die kollektive Intelligenz der Ameisen und versucht, sie für Menschen nutzbringend anzuwenden.

Diese „Schwarmintelligenz“ funktioniert allerdings nur innerhalb eines Ameisenvolkes. Nähert sich eine Angehörige eines anderen Ameisenvolkes, wird sie vertrieben, geht sie nicht, wird sie getötet. Gelingt es jedoch einer fremden Königin in das Nest einer anderen Art einzudringen, betreibt sie Brutparasitismus. Sie tötet deren Königin und läßt ihre Eier von den fremden Ameisen großziehen.

Das Wirtsvolk stirbt allmählich aus.

ZITAT

Friedrich Schiller: „Mit Mord muß herrschen, wer den Thron geraubt.“

Aus dem Talmud

„Der Richter soll sich fühlen, als ob ein scharfes Schwert zwischen seinen Knien liege und die Hölle unter ihm geöffnet sei!“

ZITAT

Daniel Hannan, britischer EU-Parlamentarier: „Wäre die EU eine Firma, dann säßen alle Kommissare längst im Gefängnis.“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT?

Vertrag von Versailles

Ein völkerrechtlicher Betrug

Was der Versailler Vertrag in Wirklichkeit ist, sagt der norwegische Völkerrechtslehrer Professor Dr. jur. N. Gjelsvik, Kristiania, in einem Gutachten, das die „Deutsche Juristen-Zeitung“ in ihrem Heft am 1. November 1922 veröffentlichte. Es heißt in diesem Gutachten u.a.:

„Ich meine, daß diejenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die nicht im Einklang mit dem Waffenstillstandsvertrag stehen, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch unverbindlich sind. Man muß sich hierbei den Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen vergegenwärtigen, daß die Deutschen sich in dem Maße entwaffneten und Territorium in dem Umfange aufgaben, daß es unmöglich für sie war, den Krieg wieder aufzunehmen. Dies hat auch Wilson selbst im amerikanischen Kongreß zugegeben, indem er äußerte: „Nach diesem Waffenstillstandsvertrag ist es unmöglich für die Deutschen, den Krieg wieder aufzunehmen.“

Wenn die Entente diese Sachlage so ausnützt, daß sie Friedensbedingungen diktiert, die nicht mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen, so ist das ein völkerrechtlicher Betrug, der den Versailler Vertrag juristisch ungültig machen muß. Wenn man einen Gegner durch Versprechungen dazu bewegt, die Waffen auszuliefern, so daß er den Krieg nicht weiterführen kann, und dann die Versprechungen nicht einhält, dann wäre es um das ganze Völkerrecht geschehen, und ein auf solchem Betrug aufgebauter Völkerbund kann kein wahrer Völkerbund werden, sondern nur dazu dienen, die Welt über den völkerrechtlichen Betrug einige Zeitlang hinwegzutäuschen. Man kann freilich während eines Krieges Kriegslisten benutzen, aber man kann es nicht als erlaubte Kriegslist betrachten, daß man den Gegner bewegt, die für die weitere Kriegsführung nötigen Mittel auszuliefern, durch Versprechungen, daß er einen bestimmten Frieden erhalten werde, und diese Versprechen dann nicht einhält. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empört sich dagegen, und jeder Jurist muß sagen, daß auf diese Weise ein Recht unter den Völkern nicht bestehen kann.“

MERKEL UND DIE MEINUNGSFREIHEIT

Kanzlerin Merkel sprach anlässlich ihres Besuches in China Klartext. Sie erwähnte Menschenrechte, die „nicht teilbare Würde jedes Einzelnen“, Produktpiraterie und Meinungsfreiheit.

Die Gastgeber lächelten milde, wissen doch auch die Chinesen, wie viele Menschen in Deutschland und Österreich wegen Meinungsäußerungen in Haft sitzen.

GELD VORENTHALTEN

Seit Jahren warten Zehntausende verarmte Holocaust-Überlebende in Israel vergeblich auf finanzielle Unterstützung durch Israels Regierung. Nach einer Presse- und Internet-Kampagne ist Premier Ehud Olmert massiv unter Druck geraten und versprach, jetzt zu handeln. Der israelische Staat, so eine Sprecherin der Überlebenden, habe hohe Reparationszahlungen erhalten, es aber verabsäumt, den Überlebenden zu überweisen, was ihnen zusteht.

ZITAT

Robert Lynd: „Es ist leichter, eine Lüge zu glauben, die man hundertmal gehört hat, als eine Wahrheit, die man noch nie gehört hat.“

AKTION SCHWIMMREIFEN

Damit die Wertschöpfung im eigenen Land bleibt, starteten die „Wirtschaftskammer Kärnten“ und die „Kärnten Werbung“ die Aktion Schwimmreifen.

Dank dieser soll jeder Kärntner, der seinen Urlaub im eigenen Land verbringt, mit einem blauen Schwimmreifen belohnt werden. Die Kärntner Wirtschaftskammer jubelt in ihrer Zeitung „Kärntner Wirtschaft“: „Wer bei seinen kleinen und großen Kaufentscheidungen an Kärnten denkt, unterstützt Kärntner Betriebe und sichert Kärntner Arbeitsplätze.“

Nur bei der Herstellung dieser blauen Schwimmreifen haben sie nicht an Kärnten gedacht, und so bleibt die Wertschöpfung leider nicht im eigenen Land, sondern in China.

Immer gegen das Volk

Im Lavanttal in Kärnten lebt seit Jahren eine Familie aus dem Kosovo. Vater, Mutter und drei Kinder im Alter von 7, 9 und 12 Jahren. Der Vater arbeitet, die Kinder gehen zur Schule, die Familie ist in die Gemeinde aufgenommen und beliebt.

Heuer wollte man die Frau und die Kinder in den Kosovo abschieben. Das ganze Lavanttal hat sich dafür eingesetzt, daß die Familie bleiben darf. Alle Bürgermeister des Regionalmanagements Lavanttal, der Pfarrer, die Schule, der Bezirkshauptmann. Die Jugendfürsorgeärztin der Bezirkshauptmannschaft sammelte 3518 Unterschriften, und endlich kam der Beschluß des Verfassungsgerichtshofes „Der Beschwerde mit aufschiebender Wirkung wurde Folge gegeben.“ Die Abschiebung ist aufgeschoben.

Bemerkenswert dabei ist: Setzen sich zehntausende Österreicher für die Abschiebung von kriminellen Ausländern ein, fordern Gutmenschen und der Staat das Bleiberecht.

EINLADUNG ZUR 42. POLITISCHEN AKADEMIE DER AFP

12. – 14. OKTOBER 2007 IM WESTLICHEN NIEDERÖSTERREICH/MOSTVIERTEL

WIR LADEN SIE HERZLICH EIN! KOMMEN SIE, HÖREN SIE, SPRECHEN SIE MIT!

Die Themen: Asyl- und Integrationsproblematik, Nationale Jugendarbeit, politische Justiz, Gesinnungsterror und viele andere.

Senden Sie Ihre Anmeldung an: AFP, B. Schwarzstr. 33, 9020 Klagenfurt, auch wenn Sie kein Quartier brauchen.

ES IST EINE GESCHLOSSENE VERANSTALTUNG. ERST NACH ERFOLGTER ANMELDUNG SENDEN WIR IHNEN DAS GENAUE PROGRAMM DER TAGUNG ZU!



lesen Sie auch

KOMMENTARE

ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Der „Wiener Beobachter“, Standpunkte der AFP Wien, Niederösterreich und Burgenland, zu beziehen: 1110 Wien, Krauseg. 14
Besuchen Sie uns im Internet www.afp-kommentare.at